

Internationale Steuergerechtigkeit – Warum ist das Thema jetzt gerade wichtig?

*Am 30. November 2026 findet in Nairobi die nächste Verhandlungsrunde für eine internationale UN-Steuerkonvention statt. Das Problem der mangelnden internationalen Steuergerechtigkeit und globaler Ungleichgewichte konnte bisher im Rahmen der OECD nicht gelöst werden. **Jetzt existiert ein historisches Zeitfenster, um internationale Steuerregeln erstmals unter gleichberechtigter Beteiligung aller Staaten im Rahmen der UN neu zu gestalten.** Für globale Gerechtigkeit und Ausgleich ebenso wie für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklungsziele sind künftige und faire internationale Steuerregeln zentral. Die Zivilgesellschaft setzt sich dafür ein, dass sich die Bundesregierung in Nairobi dafür stark macht.*

1. Durch krisenbedingte Ausgaben und die **stark gestiegenen Zinsen** hat sich die **Schuldenkrise** weiter verschärft. Viele Länder zahlen inzwischen große Anteile ihres Staatshaushaltes für Schuldendienste – deutlich mehr als für Bildung und Gesundheit, häufig sogar mehr als für beides zusammen. **Regierungen brauchen mehr Steuereinnahmen**, um Verschuldung zu vermeiden und ihren sozialen und Klimaverpflichtungen nachzukommen (gleichzeitig muss die Schuldenkrise gelöst werden). Für die **Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele** wären weltweit etwa 4 Billionen Euro zusätzlich nötig. Vier Steuerreformen könnten reichen, um diese Kosten fast vollständig zu finanzieren:
 - Eine Steuer auf Übergewinne der größten und profitabelsten Konzerne bringt bis zu 1.000 Milliarden Euro bei einer Steuer von 50 Prozent auf Übergewinn für alle Branchen;
 - Eine gerechte Besteuerung von sehr großen Vermögen bringt 400 bis 1.000 Milliarden Euro für eine Steuer von 2 bis 5 Prozent auf Vermögen oberhalb von 100 Millionen Euro;
 - Maßnahmen gegen anonyme Offshore-Vermögen und Gewinne in Steueroasen bringen bis zu 500 Milliarden Euro;
 - Internationale Solidaritätsabgaben auf Schiffstreibstoff und für Vielflieger bringen bis zu 300 Milliarden Euro, Abgaben für Kryptowährungen und Finanztransaktionen nochmal bis zu 1.000 Milliarden Euro.
2. **Die größten und profitabelsten Unternehmen zahlen die niedrigsten Steuern.** Das globale Unternehmenssteuersystem benachteiligt Länder mit niedrigen Einkommen systematisch. Trotz aller Reformbemühungen landen jedes Jahr etwa 1.000 Milliarden Euro in Steueroasen. Der global vereinbarte Mindeststeuersatz von 15 Prozent beendet nicht den schädlichen Wettbewerb um die geringsten Steuersätze und sorgt nicht im Globalen Süden sondern vor allem in den Steueroasen für steigende Einnahmen. Seit dem ersten Reformpaket der OECD gegen Gewinnverschiebung sind die Steuereinnahmen von multinationalen Unternehmen aus dem Ausland in der Steueroase Irland laut [irischer Steuerbehörde](#) von 5,5 Milliarden Euro auf 28,8 Milliarden Euro im Jahr 2024 angestiegen. Auch die USA sind mittlerweile zur Steueroase geworden – laut [Schätzung des Tax Justice Network](#) haben US-Konzerne 2021 zum ersten Mal mehr Gewinne aus dem Ausland in die USA verlagert als umgekehrt und profitieren dort von großzügigen Sondersteuersätzen. 2025 summierten sich die Gewinne der fünf großen US-Digitalkonzerne (Alphabet, Amazon, Apple, Meta, Microsoft) auf knapp 520 Milliarden Euro.

Darauf zahlten sie weltweit – nach Bereinigung von Sondereffekten – nur 16 Prozent Steuern. In Deutschland erwirtschafteten sie nach [Schätzung des Netzwerk Steuergerechtigkeit](#) Gewinne von etwa 20 Milliarden Euro und zahlten darauf effektiv nur 3,2 Prozent Steuern. Bessere internationale Regeln würden also auch mehr Einnahmen für den Bundeshaushalt bedeuten.

3. Seit zehn Jahren wurde versucht, das Problem der **mangelnden internationalen Steuergerechtigkeit im Rahmen der OECD zu lösen**. Da dieses eine Organisation wohlhabender Länder ist, waren viele **ärmere Länder entweder nicht oder nicht gleichberechtigt beteiligt**. Die im Rahmen der OECD vereinbarten Lösungen schaffen es nicht, den ärmeren Ländern mehr Steuereinnahmen zu verschaffen – und den reicheren übrigens auch nur sehr begrenzt. Deshalb hat die **Gruppe der afrikanischen Länder einen Prozess zu globaler Steuerkoordination im Rahmen der Vereinten Nationen gestartet, der die internationalen Steuerregeln in den Dienst nachhaltiger Entwicklung stellen soll**. Die UN-Generalversammlung hat im [Dezember 2024](#) den Terms of Reference für die Verhandlungen zugestimmt. Seit 2025 wird parallel ein Konventionstext und zwei erste Protokolle zur Besteuerung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen und zur Streitbeilegung verhandelt. Ende Juli 2026 wurden die Zero-Drafts (erste Entwürfe) für alle drei Dokumente ([Konvention](#), [Protokoll 1](#) und [Protokoll 2](#)) veröffentlicht. Die nächsten Verhandlungsrunden startet am 30. November 2026 in Nairobi. Die Konvention soll bis Ende 2027 durch die UN-Generalversammlung verabschiedet werden.
4. Dabei ist es **wichtig, dass die EU** als einflussreicher Block von 27 Ländern **eine positive Rolle einnimmt**. Die zentralen zivilgesellschaftlichen Forderungen sind in einem laufend [aktualisierten Katalog](#) zusammengefasst. Wesentliche offene Fragen, Lücken und Schwächen sind aktuell:
 - Die Frage inwieweit die Konvention und das Protokoll 1 zur Besteuerung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen bilaterale Vereinbarungen in sogenannten Doppelbesteuerungsabkommen ersetzen kann;
 - Die Frage, ob die Konvention selbst schon konkrete und wirksame Festlegungen enthält oder nur als Rahmen für die in Protokollen zu regelnde Vereinbarungen dient und wie die Umsetzung der Konvention organisiert wird;
 - Fehlende Vereinbarungen zu extraktiven Industrien, zu öffentlichen länderbezogenen Berichten oder zu einem globalen Vermögensregister;
 - Schwache Vereinbarungen zur Verankerung von nachhaltiger Entwicklung als zentralem Ziel der internationalen Steuerarchitektur, zur Besteuerung von High-Net-Worth Individuals oder zum internationalen Informationsaustausch.

Bisher enthält sich die EU bei den meisten Abstimmungen, setzt sich in den Verhandlungen eher für kleinteilige Verbesserungen am derzeitigen System als für ambitionierte Veränderungen ein und setzt weiterhin stark auf den OECD-Prozess. Damit sich das ändert, ist es zentral, **dass die betroffenen Ministerien (u.a. BMF, BMZ und BMUKN), die Minister und die Parteien im Bundestag sich auf ambitionierte politische Ziele verständigen**, die die international tätigen Konzerne und die extrem reichen Individuen **angemessen und gerecht besteuern**– um sowohl Ländern wie Deutschland und auch des Globalen Südens die notwendigen Steuereinnahmen zu ermöglichen.